

18

Beschluss Nr. V1427-SR40-06

Verkauf von drei Grundstücken aus dem Treuhandvermögen des städtischen Sanierungsträgers STESAD GmbH im Sanierungsgebiet Dresden-Äußere Neustadt für den Bau öffentlicher Pkw-Stellplätze

Zuständigkeit: Geschäftsbereich Stadtentwicklung

Der Erste Bürgermeister übernimmt wieder die Leitung der Sitzung.

Es wird keine Vorstellung gewünscht.

Herr Dr. Künzel, ehemaliger Ortsamtsleiter des Ortesamtes Dresden-Neustadt, berichtet, dass er sich in seiner Tätigkeit als ehemaliger Ortsamtsleiter für Dresden-Neustadt ausführlich mit den Problemen des ruhenden Verkehrs beschäftigt habe, um deutliche Verbesserungen der Situation in der Neustadt zu erreichen.

Hauptbeschwerdegründe der Einwohner und Gewerbetreibenden in der Äußeren Neustadt sei stets das große Defizit an Stellplätzen gewesen. Dieses Manko stelle für die weitere positive Entwicklung des Stadtteiles ein ernstes Hindernis dar. Deshalb spiele die Schaffung neuen Parkraumes eine entscheidende Rolle.

Er betont, dass nach vielen Jahren jetzt zum ersten Mal die reale Möglichkeit bestehe, in der Äußeren Neustadt eine öffentliche Parkierungsanlage zu errichten. Diese Möglichkeit sollte nicht ungenutzt bleiben. Deshalb appelliert er an den Stadtrat, heute die Entscheidung für den Bau dieser Anlage zu treffen.

In der Vergangenheit hätte sich gezeigt, dass es nicht einfach wäre, Projekte zum Bau einer Parkierungsanlage in der Äußeren Neustadt erfolgreich umzusetzen. Alle bisherigen Projekte seien aus den unterschiedlichsten Gründen trotz intensiver und aktiver Unterstützung der Stadtverwaltung entweder gescheitert oder bis heute nicht realisiert worden (z. B. Einkaufszentrum Alaunstraße/Königsbrücker Straße, Hundertwasserhaus, Louisenstraße). Er spricht sich dafür aus, die jetzt bestehende Chance zu ergreifen.

Er nennt eine Reihe von Vorteilen gegenüber dem ursprünglich geplanten Parkhaus, z. B. die bessere städtebauliche Einfügung in die Lücke Kamenzer Straße sowie die Berücksichtigung des größten Teils der Einwände der Bürgerinitiative gegen das Parkhaus.

Folgende Beispiele würden das demonstrieren: Kritikpunkt sei die Monofunktion des Parkhauses gewesen. Das jetzige Projekt dagegen hätte eine multifunktionale Nutzung und der Investor wäre bereit, einen Kindergarten zu integrieren.

Gegenüber dem Kritikpunkt der hohen Stellplatzzahl erfolge jetzt eine deutliche Reduzierung um ca. 100 Stellplätze, und die Stellplätze würden nicht mehr oberirdisch, sondern in einer Tiefgarage angeordnet. Insgesamt werde das jetzige Projekt deutlich anwohnerfreundlicher gestaltet. Er spreche sich gegen die ständige Errichtung neuer Hürden aus, da dies nur zur Verhinderung einer Parkierungsanlage führe.

Zum Einkaufsmarkt verweise er auf ein erhebliches Defizit entsprechender Einkaufsmöglichkeiten im östlichen Teil der Äußeren Neustadt. Dazu hätte es in der

Vergangenheit viele Wünsche, besonders von Senioren, gegeben. Er halte die Ängste, dass dieser kleine Einkaufsmarkt von ca. 700 m² die Einzelhandelslandschaft der Äußeren Neustadt empfindlich stören würde, für absolut übertrieben und Panikmache.

Insgesamt könnten mit diesem Projekt (Einzelhandel, Wohnen, Kindergarten, Stellplätze) auch die vielen Beschlüsse des Stadtrates zum Bau einer Parkierungsanlage an der Kamenzer Straße erfüllt werden. Er gebe die Folgen für zukünftige Investitionen zu bedenken, wenn man die Verlässlichkeit solcher Beschlüsse in Zweifel ziehe.

Er plädiere dafür, im Interesse der Bevölkerung der Äußeren Neustadt der Vorlage zuzustimmen. Dieses Projekt könnte Anstoß für weitere Investitionen auf diesem Sektor sein.

Wortmeldungen:

Herr Stadtrat Hoffsommer beklagt, dass von den seit langer Zeit geplanten Projekten bisher nichts realisiert worden sei. Er zählt einige auf.

Er widerspricht dem Vorredner, dass mit dem jetzt vorliegenden Projekt ein Vorschlag für möglichst viele Lösungen angeboten und es sich dabei um einem Kompromiss handeln würde. Er habe nicht den Eindruck, dass dieser Kompromiss im Stadtteil ausgehandelt worden sei, sondern nur mit dem Investor.

Diese Entwicklung zeige ihm, dass der Ansatz, große Parkierungsanlagen im Quartier der Äußeren Neustadt anzustreben, finanziell nicht tragfähig sei. Er plädiere deshalb für die Suche nach anderen Lösungswegen. Aus seiner Sicht könnte in diesem dicht bebauten Gebiet das Parkplatzproblem nie wirklich gelöst werden, sondern er sehe die einzige Chance darin, mit großen rentablen Anlagen an die Peripherie zu gehen.

Er befürchte, dass sich das Parkplatzproblem relativ schnell als Nullsummenspiel herausstellen könnte. Es gebe keinerlei wirklich konkrete Aussagen zur Sanierung der Kamenzer Straße, damit würden jetzt genutzte Stellflächen wegfallen. Es stehe die Frage der Einbahnregelung. Er verweist auf eine geplante Fahrradroutenroute Dresden Heide - Elbradweg. Das sei aber alles unklar.

Den Einkaufsmarkt halte er für eine ungünstige Idee. Aus seiner Sicht würde dieser die kleinen Läden in der Umgebung zur Schließung zwingen. Er verweist auf eine gesamtstädtische Übererfüllung an Discountern von 147 %. Er sehe einen weiteren Verdrängungswettbewerb. Abgesehen davon hätte man im Preußischen Viertel tatsächlich ein Einzelhandelsproblem. Das müsse aber vor Ort gelöst werden und nicht in der Randlage Kamenzer Straße, wodurch Verkehr angezogen würde.

Er bezweifelt auch die angesprochene Seniorenfreundlichkeit, da es sich bei FRIEDA (KONSUM) um einen gehobenen Standard handele.

Er verweist auf die Proteste der Anwohner und die Unterschriftensammlung der Bürgerwerkstatt. Die Bürgerwerkstatt hätte sich deutlich für die Gestaltung und Bereitstellung von Freiflächen in der Äußeren Neustadt und für die Schaffung von Parkplätzen an der Peripherie des Gebietes ausgesprochen.

Die Krönung des Verfahrens sei die mangelhafte Qualität der ausgereichten Vorlage. Der Ausschreibungstext sei unvollständig. Er vermisse außerdem die Frontansicht.

Angesichts dieser Mängel und Widersprüche sollte dem Votum des Ortsbeirates gefolgt werden, einen Neubau einer Kita und die Begrünung der Fläche auf diesem kommunalen Grundstück vorzusehen. Er spreche sich gegen eine Kita auf dem Dach einer Tiefgarage aus. Die Vorlage sollte abgelehnt werden.

Frau Stadträtin Friedel ist der Meinung, dass hier keiner so richtig für die Neustädter Bevölkerung sprechen könnte. Am sinnvollsten wäre es, die Neustädter selbst zu Wort kommen zu lassen. Sie verweist auf das Protokoll der letzten Bürgerversammlung vom 25.09.2006, welches im Internet der Stadt einsehbar sei. Daraus ergebe sich, dass sich ein Großteil der Anwesenden dafür ausgesprochen hätte, das Grundstück generell nicht zu bebauen. Andere votierten für die Errichtung einer Kita auf dem Grundstück, verschiedene Teilnehmer hätten die Integration von Stellplätzen in die Untergeschosse positiv bewertet, einige vermuteten, dass mit dem Umbau der Straße Stellplätze im öffentlichen Straßenraum verloren gingen. Die Errichtung einer Einzelhandelseinrichtung werde vorrangig negativ, die Einrichtung einer Kita, ebenerdig, aber grundsätzlich positiv bewertet. Die anwesenden Stadträte (Frau Friedel, die Herren Schreiber, Dr. Kempe und Lichdi) hätten zugesichert, die Argumente in ihren Fraktionen zu behandeln. Sie beschreibt die Auswertung in der SPD-Fraktion.

Sie weise darauf hin, dass lt. Vorlage der Verkehrswert des Grundstückes bei 330 TEUR liege, aber das Grundstück für 120 TEUR, für ein Drittel des Verkehrswertes, veräußert werden solle. Aus diesem Grund könne sie unter Verweis auf die SächsGemO der Vorlage nicht zustimmen.

Es sei unbestritten, dass Parkplätze gebraucht werden, lt. Vorlage gebe es ein Defizit an Stellplätzen von ca. 2.000. Bei Kita-Plätzen sei ein Defizit von 150 - 170 Plätzen in der Neustadt vorhanden. Der Wille der Leute vor Ort käme deutlich in den Voten des Ortsbeirates zum Ausdruck, der sich seit Jahren gegen ein Parkhaus dort ausspreche. Der Ortsbeirat habe sich letzte Woche klar für eine Kita und der Begrünung des Restes ausgesprochen.

Bei einem Defizit von 2.000 Parkplätzen würde die Schaffung von 60 bis 70 Plätzen nicht wirklich weiterhelfen. Bei einem Defizit von 150 Kitaplätzen würde die Schaffung von ca. 100 Plätzen deutlich zur Verringerung dieses Defizites beitragen.

Sie verweist noch einmal nachdrücklich auf die Bürgerinitiative und die Bürgerwerkstatt und beklagt, dass deren Ergebnisse von der Verwaltung nicht zur Kenntnis genommen würden. Sie fasst die wichtigsten Ergebnisse der Bürgerwerkstatt zusammen: Gebraucht würden Parkplätze am Rande der Neustadt, Freiflächen, kleinteiliger Einzelhandel und Kita-Plätze.

Unverständlich und absurd sei, warum ein Investor, der für den Bau eines Einkaufsmarktes und von Wohnungen sowieso Stellplätze nachweisen müsse, von der Stadt 1 Mio. EUR für den Stellplatzbau bekommen solle. Ein Kitaplatz im Neubau koste 7 bis 8 TEUR. Sie gebe zu bedenken, dass mit der 1 Mio. EUR und den 60 öffentlichen Parkplätzen ein Stellplatz mit 17 TEUR subventioniert würde.

Davon ausgehend bezweifle sie, ob das im Interesse der Stadt liege. Sie bitte um Auskunft, ob dieses Verfahren finanzrechtlich und vergaberechtlich vollständig unbedenklich sei. Sie habe daran Zweifel.

Sie plädiert nachdrücklich dafür, die Interessen der Neustädter Bevölkerung zu beachten.

Herr Stadtrat Schreiber geht auf die Bürgerversammlung ein, mit der Tendenz, dass die Neustadt kein Parkraumproblem, sondern ein Autoproblem habe. Er stellt klar, dass man sich die Autos zwar wegwünschen könne, dennoch müsse man sich den Fakten stellen und sich für eine Lösung einsetzen. Er sehe nur die Möglichkeiten, einerseits den Parkraum zu bewirtschaften und andererseits zusätzliche Parkflächen zu schaffen.

Er vermute das Hauptproblem der Kritik der Fraktionen darin, dass nicht mehr 240 Stellplätze, wie in der Parkraumbewirtschaftungskonzeption beschlossen, entstünden. Er stellt aber klar, dass man gegenüber den Anwohnern der Kamenzer Straße keine 240 Stellplätze mehr durchsetzen könne. Insofern plädiere er für die Zustimmung zum jetzigen Projekt und den Abschluss der 9-jährigen Diskussion zu diesem Projekt. Gleichzeitig werde der vorhandene Schandfleck beseitigt und städtebaulich an das Umfeld angepasst.

Er geht auf die Bürgerwerkstatt ein und nennt deren Hitliste, auf der an 1. Stelle Parkhäuser oder Parkplätze für Touristen an der Peripherie stünden. Aus seiner Sicht hätte die Bürgerwerkstatt damit das Problem des Parkraumes erkannt. Rang 5 dieser Liste würden Parkmöglichkeiten für das Quartier einnehmen. Er führt das näher aus. Die Vorlage würde diesen Wünschen entsprechen (Kurzzeitparken, Anwohnerparken). Kita-Plätze kämen erst auf Rang 10 der genannten Liste. Er plädiert dafür, Realitäten anzuerkennen.

Er stellt klar, dass in der genannten Bürgerwerkstatt eindeutig das Thema Kamenzer Str. ausgeklammert worden sei, da es dazu im Vorfeld Stadtratsbeschlüsse gegeben habe. Deshalb beziehe sich die Bürgerwerkstatt in keinster Weise auf das konkrete Projekt Kamenzer Straße.

Er geht auf weitere Argumente ein und widerlegt die Sorge, dass kleine Läden schließen müssten. Das Preußische Viertel gehöre zum Ortsamtsgebiet Äußere Neustadt und habe eindeutig ein Unterversorgungsproblem. Man solle über die Integration eines Einkaufsmarktes in einer Wohnbebauung froh sein.

Entgegen der Kritik von Herrn Stadtrat Hoffsommer stellt er klar, dass die Fassade im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau gezeigt worden sei. Zur Ausschreibung stelle er fest, dass beide Investoren, sowohl Lattermann als auch Birken, auf der Grundlage der selben Ausschreibungsunterlagen ihre Angebote abgegeben hätten. Eine Wohnbebauung und ein Einkaufsmarkt wären demnach nicht ausgeschlossen gewesen.

Er sehe das Angebot des Investors, eine Kita zu prüfen, positiv. Er setze sich dafür ein, dem Projekt eine Chance zu geben. Er befürchte, wenn heute kein Beschluss zustande komme, dass an dieser Stelle nie mehr ein Parkplatz entstehe.

Herr Stadtrat Dr. Kempe konstatiert, dass sich nicht alle Wünsche der Bürgerwerkstatt lösen lassen. Die Linksfraktion.PDS stehe grundsätzlich zum Parkraumbewirtschaftungskonzept. Die Ausschreibung zu dem konkreten Projekt habe ein negatives Ergebnis erbracht. Er führt das näher aus. Er bemängelt, dass es in diesem Angebot keine garantierte Anzahl von Parkflächen für den öffentlichen Bedarf gebe. Er belegt anhand von Zahlen, dass es dem Investor in der Sache nicht darum gehe, das Parkplatzproblem an dieser Stelle zu lösen. Er betone aber, dass die Stadt nicht viele Flächen zur Verfügung hätte. Aus diesem Gesichtspunkt heraus ergebe sich die differenzierte Auffassung innerhalb der Fraktion. Ein Teil werde die Vorlage ablehnen, da sie nicht wirklich das Parkplatzproblem löse, ein anderer Teil sehe die Vorlage als Kompromiss.

Er betont, dass seine Fraktion die Wünsche der Bürger sehr Ernst nehme. Ausgehend von der seit Jahren dazu geführten Diskussion und wechselnden Mehrheiten mit unterschiedlichen Auffassungen mahne er jetzt eine verantwortungsvolle Entscheidung an. Er persönlich sei nicht für den Markt an der Stelle, der mit dem Mäntelchen eines ungenügenden Parkangebotes versehen sei.

Herr Stadtrat Klawun begrüßt die Entwicklung in der Neustadt, trotz der Parkprobleme. Die Anwohner würden bemängeln, dass dadurch Lebensqualität verloren ginge. Ein Parkhaus sei dort aber keine Lösung. Er plädiert dafür, dem Votum des Ortsbeirates zu folgen. Um das Flair der Neustadt nicht zu beschädigen, werden die fraktionslosen Stadträte die Vorlage ablehnen.

Frau Stadträtin Friedel bringt den gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingereichten Änderungsantrag ein und stellt ebenfalls klar, dass ihre Fraktion nach wie vor zu dem Parkraumbewirtschaftungskonzept stehe. Man könne aber nicht in diesem Fall, wo es seit Jahren ein klares Votum gegen das Projekt in der Neustadt gebe, gegen eine Mehrheit der Bürger entscheiden. Sie bezweifle, dass 60 Stellplätze so eine Bedeutung hätten, dass der Stadtrat gegen den Willen der Betroffenen entscheiden müsse.

Sie erinnert an ihre offene Frage hinsichtlich der finanz- und vergaberechtlichen Unbedenklichkeit.

Frau Stadträtin Kaufmann erinnert daran, dass man sich in der Regel an die Voten des Ortsbeirates halte. Sie bemängelt, dass in diesem Fall seit Jahren dies nicht passiere. Sie nennt noch einmal die Beweggründe, weshalb die Mehrheit der Linksfraktion.PDS für das Parkraumbewirtschaftungskonzept gestimmt habe. Im Grunde konstatiere sie, dass die Ausschreibung als solche gescheitert sei. Derjenige, der sich an die Ausschreibung gehalten habe, habe es nachweislich nicht geschafft, für 1 Mio. EUR Stellplatzablösegebühr die Stellplätze zu errichten. Die Kalkulation der Stadt sei definitiv nicht aufgegangen. Der andere Anbieter sei cleverer gewesen und hätte neben der Tiefgarage sein bereits seit Jahren betriebenes Bauvorhaben präsentiert. Sie bemängelt, dass die Stadträte Unterlagen mit nicht vollständigem Ausschreibungstext erhalten hätten (nur ein Parkhaus). Jetzt zeige sich, dass beides, Parkhaus und Wohnen, Gewerbe und Handel usw. möglich gewesen wäre.

Sie sei äußerst skeptisch, ob alles so gelaufen sei, wie die Stadtverwaltung es jetzt präsentiere. Das heute vorliegende Projekt könne nicht im Entferntesten das eigentliche Problem, worüber man sich seit Jahren streite, lösen.

Sie gebe zu bedenken, dass zwischen 60 und 114 Stellplätzen öffentlich dargestellt werden können, der Investor aber noch gar nicht sagen könne, wie viel es wirklich seien. Berechne man die Laufkundschaft und den Wegfall von Stellplätzen auf der Kamenzer Straße, wäre fast ein Nullsummenspiel erreicht. Hier würden Millionen für wenig Stellplätze investiert.

Sie sei für das Parkhaus gewesen. Dieses gebe es heute nicht mehr. Man diskutiere schon lange nicht mehr über Stellplätze, sondern über eine staatlich geförderte Errichtung eines Wohngebäudes, eines Konsums und möglicherweise einer Kita.

Geschäftsordnungsantrag

Herr Stadtrat Rink beantragt Ende der Debatte.

Frau Stadträtin Malberg beantragt Ende der Rednerliste.

Auf der Rednerliste stehen die Herren Stadträte Schreiber und Krien.

Der Stadtrat stimmt dem GO-Antrag auf Ende der Rednerliste mehrheitlich zu.

Herr Stadtrat Schreiber geht auf den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Punkt 3, kritisch ein und äußert Unverständnis dazu. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die Thematik Lärmpegel bei der Kita-Einrichtung Holzhofgasse und an einen Vorschlag, diese Kita in die Kamenzer Straße zu verlegen. Das Prüfergebnis dazu liege dem Ortsbeirat vor. Demnach wäre platzmäßig die Einordnung einer Kita von bis zu 200 Kindern möglich. Es sei aber klar, dass eine Kita an diesem Ort nicht genehmigungsfähig sei. Deshalb wäre der Antrag Nonsens. Er sei zwar grundsätzlich für die Schaffung von Kita-Plätzen, aber an einer Stelle, die genehmigungsfähig wäre. Er weise auf Konsequenzen einer solchen Beschlussfassung hin.

Er widerspricht der Aussage von Frau Stadträtin Kaufmann, dass beide Anbieter unterschiedliche Ausschreibungstexte erhalten hätten. Der Ausschreibungstext der STESAD sei auch im Amtsblatt veröffentlicht worden. Er bemängelt, dass in der Vorlage ein Satz weggelassen worden sei. (Darüber hinaus ist erdgeschossig Einzelhandel und Gastronomie, in den Obergeschossen Wohnen zulässig.)

Zu den Stellplätzen verweist er auf Seite 5 der Vorlage. Es sei logisch, dass sich aufgrund des Vorschlages zu Kita-Plätzen diese Zahl verändere. Er wendet sich gegen die Argumentation des Nullsummenspiels. Derzeit würde ein illegales Parken mit Duldung der Stadt stattfinden. Außerdem verweist er auf die ausführliche Darstellung und Diskussion im Ausschuss. Er appelliert an den Stadtrat, heute zuzustimmen, da sonst an dieser Stelle kein einziger Parkplatz entstehe.

Herr Stadtrat Krien meint, wenn das Volk keinen Parkplatz wolle, sei das o.k. Er werde einen Teufel tun, dem Volk in der Äußeren Neustadt etwas aufzudrücken, was es nicht wolle. Für ihn sei der Wunsch aus der Bürgerversammlung maßgeblich. Damit solle signalisiert werden, dass das Nationale Bündnis ebenso die Anliegen des Volkes vertrete. Er kündigt die Ablehnung der Vorlage und Zustimmung des Änderungsantrages von SPD und Bündnis 90/Die Grünen an.

Der Zweite Bürgermeister räumt ein, dass es ein Kompromiss sei. Er äußert Unverständnis über die hier verbreiteten Falschmeldungen. Der Kompromiss wäre, dass man die lt. Parkraumbewirtschaftungskonzept vorgesehenen 240 Stellplätze nicht für Null bekäme, sondern nur, wenn man diese Zahl subventionieren würde. Das beschlossene Parkhaus sei in zwei Bürgerbeteiligungen und im Ortsbeirat vehement angegriffen worden. Aus dieser Erkenntnis heraus sei die gemischte Nutzung ein Kompromiss. Der Lösungsvorschlag der Bürgerinitiative, das Grundstück als Grünfläche zu erhalten, wäre das andere Extrem und sei kein Schritt in Richtung des beschlossenen Parkraumbewirtschaftungskonzeptes.

Der Stadtrat müsse sich in dem Fall, wenn er die große Lösung wolle, dazu bekennen, das Parken tatsächlich zu subventionieren, anstatt jeden Lösungsvorschlag zu bekämpfen. Das sei bisher nicht erfolgt.

Er räumt selbstkritisch ein, dass dieser eine Satz in der Vorlage nicht enthalten sei. Er versichere aber, dass die Investoren alle die selben vollständigen Unterlagen bekommen hätten. Die STESAD würde das bestätigen.

Er geht kritisch auf die Falschmeldungen ein und stellt klar, dass der Investor nicht 1 Mio. EUR erhalten würde, wie Frau Stadträtin Friedel behauptet habe. Er verweist auf die Vorlage, Punkt 2 des Beschlussvorschlages, wonach 10 TEUR pro Stellplatz sowie die 1 Mio. EUR je eine Maximalgröße wären. Es sei klar, wenn weniger Stellplätze bereitgestellt würden, dass dann auch entsprechend weniger Stellplatzgebühren anfielen. Er plädiere dafür, auf der Grundlage der Vorlage zu diskutieren.

Er widerspreche auch der Behauptung, dass das Grundstück für 120 TEUR verkauft würde. Dem Investor sei klar, dass die Stadt nur zum Verkehrswert verkaufe und der Verkehrswert vom Grad der öffentlichen Nutzung beeinflusst werde. Er verweist auf das Angebot in der Ausschreibung. Er betont noch einmal, dass die Stadt nur zum Verkehrswert verkaufen werde.

Zur Breite der Kamenzer Str. stellt er richtig, dass für die mittlere Fahrspur und Fahrradwege trotz Parken rechts und links eine Breite von 4,35 m bleibe.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Ersetzungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 10.10.2006 mit 19 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau mit 40 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat beschließt:

1. Dem treuhänderischen Sanierungsträger der Landeshauptstadt Dresden, der STESAD GmbH, wird der Auftrag erteilt, die Grundstücke
 - Kamenzer Straße 24, Flurstück Nr. 654, unbebautes Grundstück, 1.160 m³,
 - Kamenzer Straße 26, Flurstück Nr. 653, unbebautes Grundstück, 300 m³,
 - Kamenzer Straße 28, Flurstück Nr. 652, unbebautes Grundstück, 920 m³,Herrn Heinrich Birken, Meckenstocker Höfe 9, 45133 Essen, zur Errichtung eines Wohn- und Geschäftsgebäudes mit öffentlicher Tiefgarage zum Verkehrswert zu verkaufen.
2. Für die Schaffung von öffentlichen Stellplätzen an diesem Standort, über den Eigenbedarf des Bauvorhabens hinaus, wird die Stadt aus dem Fonds der Stellplatzablösegebühren 10 TEUR pro Stellplatz bzw. max. 1 Mio. EUR Gesamtzuschuss ausreichen. Die befristete Bereitstellung der Stellplatzablösegebühren ist entsprechend im Kaufvertrag zu regeln. Die Stellplatzablösegebühren sind nach Vertragsabschluss mit dem Investor entsprechend den Zahlungsmodalitäten in den Haushalt einzustellen.
3. Der Stadtratsbeschluss V4061-SR78-04 wird aufgehoben.

4. Im Rahmen der Fortschreibung des verkehrlichen Rahmenplanes Stadtratsbeschluss V0567-SR78-04 (Parkraumbewirtschaftungskonzept und verkehrlicher Rahmenplan für die Äußere Neustadt) ist die Parkieranlage mit den veränderten Kriterien aufzunehmen.
5. Die Sanierung der Kamenzer Straße soll zeitgleich mit der Fertigstellung des Objektes Kamenzer Straße 24 - 28 umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis

angenommen

40 JA

28 NEIN

0 Enthaltungen